

## B U C H B E S P R E C H U N G E N

- Arzheimer, Kai: *Die Wähler der extremen Rechten 1980–2002.*  
(Eckhard Jesse) ..... 108
- Simhandl, Katrin: *Der Diskurs der EU-Institutionen über die Kategorien »Zigeuner« und »Roma«. Die Erschließung eines politischen Raumes über die Konzepte von »Antidiskriminierung« und »sozialem Einschluss«.* (Jan Pospisil) ..... 109
- Köppel, Stefan: *Das politische System Italiens. Eine Einführung.* Wiesbaden 2007. VS Verlag für Sozialwissenschaften.  
(Henrik Gast) ..... 111
- Harald Bergsdorf: *Die neue Linke. Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel.*  
(Johannes Mehlitz) ..... 112
- Christoph Böhr / Stefan Raabe (Hrsg.): *Eine neue Ordnung der Freiheit. Die Sozialetik Johannes Pauls II. – eine Vision für das vereinte Europa.*  
(Jarosław Babiński) ..... 113
- Jörg Bogumil, Werner Jann, Frank Nullmeier (Hrsg.): *Politik und Verwaltung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 37.*  
(Helge F. Jani) ..... 115
- Raimond Reiter: *Hitlers Geheimpolitik.*  
(Rainer Miehe) ..... 117
- Ulrich von Alemann, Claudia Münch (Hrsg.): *Europafähigkeit der Kommunen: Die lokale Ebene in der Europäischen Union.*  
(Thorsten Philipp) ..... 119
- Kai ARZHEIMER: *Die Wähler der extremen Rechten 1980–2002.* VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, 501 Seiten, 49,90 EUR.
- Seit Anfang der achtziger Jahre haben Rechts(außen)parteien im westlichen Euro-

pa bei Wahlen immer wieder beachtlichen Erfolg. Die dickleibige Studie untersucht u.a. die Frage nach den Ursachen. Zugleich geht es dem Verfasser darum, die Gründe für die hohe Volatilität der Rechts(außen)wähler ausfindig zu machen. Und schließlich will die Frage beantwortet werden, warum in vielen Ländern Westeuropas die extreme Rechte chancenlos ist. Der Verfasser präsentiert zunächst gängige Annahmen für Wahlerfolge der extremen Rechten und prüft in einer empirischen Erhebung die Plausibilität der Erklärungsansätze. Arzheimer bezieht sich auf die 15 Staaten, die im Jahr 2004 der Europäischen Union angehört haben.

Die Ergebnisse bestätigen zum einen bisherige Erkenntnisse, stellen andere hingegen in Frage. So fördert politische Unzufriedenheit die Wahl einer Partei der extremen Rechten. Männer und jüngere Wähler geben ihr überproportional die Stimme. Eine Regierungsbeteiligung linker Parteien reduziert die Chancen für die extreme Rechte ebenso wie höhere formale Bildung und eine stärkere postmaterialistische Werthaltung der Bürger. Die Arbeiterschaft neigt eher solchen Parteien zu, allerdings nicht bei demjenigen Teil mit gewerkschaftlicher Bindung. Hingegen schwächt entgegen einer verbreiteten Meinung die Bindung an eine christliche Kirche das Votum für eine Partei der extremen Rechten nicht erheblich. Die Studie hat zweifellos Stärken, aber auch gewisse Schwächen. Der Autor ist methodisch höchst skrupulös; seine Befunde sind abgesichert, die Vorgehensweise präjudiziert nicht das Ergebnis.

Allerdings hat diese methodische Überangestrenghheit einen Preis: Sie ebnet die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern zum Teil ein, durch den Wandel der »Parteienfamilie« und die internen Differenzierungen. Es macht nämlich einen erheblichen Unterschied, ob von der französischen »Front National« die Rede ist, der italienischen »Alleanze Nazionale« oder den »Fortschrittsparteien« Norwegens und Dänemarks. Auch die »Lijst Pim Fortuyn« fin-

det Aufnahme. So kommt zu kurz, dass manche der Parteien eher antikapitalistisch-protektionistisch orientiert sind, andere hingegen stärker einem »neoliberalen« Kurs anhängen. Als Parteien der »extremen Rechten« gelten solche, die drei Kriterien erfüllen: gesellschaftspolitisch »rechte« Positionen vertreten – vor allem mit Blick auf die Begrenzung von Zuwanderern aus dem nicht-westeuropäischen Ausland; eine Außenseiterposition innerhalb des politischen Systems einnehmen; ein problematisches Verhältnis zur liberalen Demokratie haben. Ist die Tatsache, dass eine Partei in der Rolle eines gesellschaftlichen Außenseiters fungiert, wirklich ein Zeichen für Rechtslastigkeit?

Arzheimer sagt eigens, mit dem Begriff der »extremen Rechten« sei nicht unbedingt Systemfeindschaft verbunden. Zugleich grenzt er die »extreme Rechte« von der »gemäßigten Rechten« ab. Einerseits muss der Rezensent dem Autor Fairness bescheinigen, andererseits ihm seine verwirrende Terminologie vorhalten. Für Arzheimer trifft die These von der »unideologischen Protestwahl« nicht zu. Aber steht die Aussage, die Parteien der »extremen Rechten« wiesen eine unterdurchschnittliche Quote an »Parteienidentifizierern« auf, dazu nicht in einem gewissen Spannungsverhältnis? Die Studie ist nicht in der Tradition der Extremismusforschung angesiedelt. Wäre es nicht besser gewesen, den – freilich ebenfalls keineswegs unumstrittenen – Terminus des »Populismus« zu verwenden?

Eckhard Jesse

*Katrin SIMHANDL: Der Diskurs der EU-Institutionen über die Kategorien »Zigeuner« und »Roma«. Die Erschließung eines politischen Raumes über die Konzepte von »Antidiskriminierung« und »sozialem Einschluss«, Nomos, Baden-Baden 2007, 427 S., 69,00 EUR.*

Schon der Titel lässt vermuten, dass Katrin Simhandl mit ihrer Studie zum Diskurs der EU-Institutionen über »Zigeuner« und »Roma«, die sie bereits hier explizit nicht als essentialistische Zuschreibungen, sondern als Kategorien verstanden wissen will, eine komplexe

Übung unternimmt. Entgegen dem Mainstream der zur Thematik erhältlichen Literatur geht es in vorliegender Arbeit keineswegs um eine Darlegung der Problematik von strukturellen Benachteiligungen einer so titulierten »Minderheit«. Vielmehr werden Fragen nach der Konstruktion dieser »Minderheit« sowie der diskursiven Verfasstheit von Analysen ihrer Benachteiligungen und Vorschlägen zu deren Beseitigung in den Mittelpunkt gestellt.

Statt wie oftmals üblich »einfach in das Klagelied darüber einzustimmen, dass Roma durch »rassistische« Diskurse diskriminiert und sozial ausgegrenzt werden« geht es Simhandl also darum, »sich für den Prozess zu interessieren, in dem die heute in bestimmten Diskursumgebungen zu einer Selbstverständlichkeit gewordene Konstaterung einer Diskriminierung und sozialen Ausgrenzung von Roma zum Allgemeinplatz avancierte.« (S. 22)

Das methodische Instrumentarium, das sich Simhandl zur Untersuchung dieser Problemstellung zugrunde legt, baut explizit auf den v. a. frühen Foucaultschen Ansätzen der Auseinandersetzung mit Diskursen auf. Dies führt einerseits zur durchaus erfreulichen Konsequenz, dass die Studie auf quantitative Methodik und überformalisierte Ansätze verzichtet. Andererseits hat dieser Verzicht aber auch zur Konsequenz, dass die Darstellung und Nachzeichnung der zum Teil sehr feinen Diskontinuitäten und Wandlungen im Diskursverlauf, denen nachgespürt wird, mitunter nicht einfach nachvollziehbar ist. Simple Schemata sind mit Foucault nicht möglich, und schon allein die riesige Menge des verarbeitenden Materials zeigt, dass es Simhandl auch nicht primär darum geht, sondern vielmehr eine umfassende Darstellung und eine – mit ihr einhergehende – umfassende Hinterfragung des Diskurses intendiert ist.

Als Grundlage der Analyse entwickelt Simhandl ein Modell, das am Bild einer mehrschichtigen Röhre orientiert ist (S. 76). Als äußere Röhre, und damit gewissermaßen als äußerer Rahmen des Gesamtstranges, fungiert dabei die Grundannahme von »Zigeuner« und »Roma« als »essentialistische Einheiten«, die entlang der Deutungsmuster »mobile Lebensweise« und »ethnische Minderheit« konstruiert ist. Darin

gepackt finden sich zwei Referenzdiskurse, die die zwei primären therapeutischen Ansätze repräsentieren, auf die sich die Diskursstränge vollziehen: »Antidiskriminierung« und »Armutsbekämpfung/sozialer Einschluss«. Den wechselhaften Verlauf der Diskursstränge entlang der Referenzdiskurse zeichnet die Studie ausführlich nach, wobei die entscheidende Diskontinuität, und mithin auch die wesentliche Erkenntnis, die aus der Darstellung gewonnen werden kann, im Bruch zwischen den zwei Deutungsmustern festgemacht werden kann.

Demnach bricht der seit den 1970er Jahren etablierte Diskurs über »Zigeuner« und später »Roma« als sozial ausgegrenzte und durch Rassismus und Fremdenfeindlichkeit betroffene Gruppe Mitte der 1990er Jahre in einem Maße, dass konstatiert wird: »Alle früheren Überlegungen und Ansätze zur Bearbeitung einer ›Zigeuner-/Roma-Thematik schienen in dem Moment vergessen, in dem die EU zu ihrer Erweiterung nach Osten ansetzte.« (S. 211) Auf den Plan tritt nun die Konstruktion von »Roma« als eine »ethnischen Minderheit«, mit der auf eine Weise umgegangen würde, die, so die Logik des auf einen kontinuierlichen Fortschritt eines Zivilisierungsprozesses rekurrenden Fortschrittsdiskurses, die Rückständigkeit der osteuropäischen Länder exemplarisch evident mache.

Derart zeige sich die Neuausrichtung des Diskurses einerseits anschlussfähig an die Referenzrahmen von sozialem Einschluss und Antidiskriminierung, die von Anfang an für den Diskursverlauf bestimmend waren, andererseits aber auch verwendbar für die Produktion und Reproduktion des Bildes eines modernen, im Umgang mit Minderheiten geschulten Westeuropas gegenüber einem in Teilen noch vormodernen, von Ethnizität geprägten und im Umgang mit diesem Faktor zudem rückständigen Osteuropa.

Spätestens an dieser Stelle wird somit deutlich, dass es Simhandls sehr wohl um einen Prozess der Diskriminierung zu tun ist, der allerdings in einer untypischen Weise verortet wird: nämlich gerade bei denjenigen, die im Kontext ihrer institutionellen Verortung versuchen, von ihnen identifizierte Diskriminierungen, allerdings ver-

standen als strukturelle Benachteiligungen einer als tendenziell homogen konstruierten Gruppe, zu benennen, zu analysieren und zu therapieren, und die vor diesem Hintergrund die Kategorie »Roma« und die ihr zugeschriebenen Diagnosen im Zuge des konkreten politischen Prozesses der EU-Osterweiterung formieren: »Es erwächst das Bild der EU als Wertegemeinschaft, die sich nicht nur gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Roma ausspricht, sondern auch entsprechend dieser Überzeugung handelt. Während Westeuropa auf diese Weise zum locus amoenus gerät, erscheint Osteuropa als locus terribilis, der sich noch grundlegend reformieren muss, bevor auch Länder dieser Region in die EU aufgenommen werden können.« (S. 353)

Diese Resultate der Studie bestätigen, was schon Fragestellung und methodischer Ansatz nahelegen: Bei Simhandls Arbeit handelt es sich – mit Foucault gesprochen – um eine erhellende Kritik im Sinne eines erfri-schend störenden Manövers, im Zuge dessen es tatsächlich gelingt, bestehende Diskurse und auf ihnen aufgebauten Wahrnehmungsmuster nicht nur zu analysieren, sondern auch zu konterkarieren. Diese nicht zu unterschätzende Leistung hilft auch darüber hinweg, dass sich der Zugang zum Text nicht immer einfach gestaltet, was einem mitunter etwas sperrigen Stil, in jedem Fall aber der unglaublichen Fülle des bearbeiteten Materials geschuldet ist. In Anbetracht der angesichts des heiklen Themas notwendigen Herausarbeitung der Feinheiten im Diskursverlauf erscheint der gewählte Weg der Darlegung, wenngleich er die Lesbarkeit trübt, dennoch der richtige.

Eine Auseinandersetzung mit der Arbeit ist zudem nicht nur in Hinblick auf die spezifische Problemstellung der »Roma«- und »Zigeuner«-Thematik zu empfehlen. Dieses Beispiel und die präzise Darstellung seiner institutionellen Entstehungs- und Reproduktionsbedingungen im Rahmen der Studie kann auch als Muster dafür gelesen werden, wie in einem komplexen institutionellen Geflecht wie der Europäischen Union und der ihr eigenen Bürokratie Diskurse generiert, verwendet, verwaltet und gewandelt werden. In diesem Sinne ist Simhandls Arbeit nicht nur für die wissenschaftliche

Auseinandersetzung mit »Roma« oder Minderheiten im Allgemeinen, sowie die Analyse dieser Auseinandersetzung selbst unverzichtbar, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Erforschung der Eigendynamiken von bürokratischen Prozessen in der Europäischen Union und der ihnen eigenen Formen der Machtentfaltung. In methodischer Hinsicht bildet die Studie zudem ein gelungenes Beispiel für die Anwendung diskursanalytischer Verfahren.

Jan Pospisil

*Stefan KÖPPL: Das politische System Italiens. Eine Einführung. Wiesbaden 2007. VS Verlag für Sozialwissenschaften. 294 S. 22,90 EUR.*

Im westeuropäischen Vergleich wurde das politische System Italiens von der deutschen Politikwissenschaft lange Zeit stiefmütterlich behandelt. Am deutlichsten zeigte sich das Desiderat darin, dass es bis dato schlichtweg an einem aktuellen und umfassenden Lehrbuch mangelte. Diese Lücke hat Stefan Köppl nun mit großer Souveränität geschlossen. Dies ist umso verdienstvoller, da es sich bei Italien um einen vordergründig sperrigen und unübersichtlichen Gegenstand handelt. Schon der Blick auf das Parteiensystem offenbart eine hohe Komplexität, die zumal für den fachlich unbelasteten Leser Hilfestellungen erforderlich machen. Das Einführungswerk Köppls macht seinem Namen alle Ehre, weil es tatsächlich in den Gegenstand »einführt« – und damit nicht wie viele andere Publikationen eine wissenschaftliche Spezialdiskussion mit dem Titel »Einführung« verschleiert. Die große Stärke der Monographie liegt darin, dass sie die einzelnen Ebenen des politischen Systems in einer verständlichen und ansprechenden Sprache beschreibt. Konsequent ist nur, dass der wissenschaftliche Fußnoten- und Anmerkungsapparat reduziert wurde, um die Lesbarkeit zu erhöhen. Der Autor zeigt an vielen Stellen, dass er ein Gefühl dafür besitzt, welche Informationen sachlich notwendig sind und welche politikwissenschaftlichen Diskussionswege eher Verwirrung stiften. Damit strafft der Autor den Stoff, was der Monographie durchweg zu Gute kommt.

Inhaltlich orientiert sich die Struktur des Buches an den gängigen Themen, die in politikwissenschaftlichen Einführungen der Systemlehre behandelt werden. Nach einem kurzen historischen Abriss, der dazu dient, die an späterer Stelle behandelten Themen entsprechend einzurahmen, werden zum Beispiel die politische Kultur, das Parteiensystem, das Wahlsystem, das Parlament, die Regierung, die regionalen Gliederungsebenen und die Bedeutung der Medien behandelt. Bemerkenswert ist, dass der Autor auf Themen, die in Italien besondere Relevanz besitzen, wie die Korruption und die organisierte Kriminalität, in einem gesonderten Kapitel eingeht. Besonders intensiv wird insgesamt die Genese des Parteiensystems behandelt, zumal dieses in Italien wesentlich stärkeren Veränderungen und Brüchen unterworfen war als etwa in Deutschland, Frankreich oder Großbritannien. Diesen Schwerpunkt setzt der Autor zu Recht, da der Wandel, der Anfang der 90er Jahre einsetzte, derart intensiv war, dass das gesamte politische System unter diesem Eindruck mit dem Begriff »Zweite Republik« gekennzeichnet wurde – gleichwohl an der Verfassung keine Änderung vorgenommen wurde. Deutlich wird, dass dieser Wandel viele Ursachen hat, die zum Teil längerfristiger und zum Teil kurzfristiger Natur sind. Der Autor verknüpft gekonnt Faktoren wie die Bedeutung des Wahlsystems, den traditionellen Klientelismus, die Korruption und die Auflösung von gesellschaftlichen Milieus, um den Wandel zu erklären. Zur Erklärung der Funktionsweise des italienischen politischen Systems trägt insgesamt bei, dass der Autor permanent den Bezug zur politischen Kultur, den Einstellungen der Bevölkerung und der Eliten, sucht. Als Gesamtcharakterisierung weist Köppl zu Recht darauf hin, dass das Regieren in Italien besonders diffizil ist, da erstens die institutionelle Konfiguration zu einer Dekonzentrierung der Macht führt und zweitens die Parteienbündnisse in unterschiedliche Parteien und diese wiederum in unterschiedliche Lager fragmentiert sind, so dass die Integration in den verschiedenen politischen Arenen zu einer erheblichen Herausforderung avanciert. Die Reformdiskussionen in Italien – ob es sich um das Wahlsystem oder die Kompetenzen

des Premierministers handelt – sind allesamt vor diesem Hintergrund zu betrachten. Damit wird erkennbar, dass es auch ein Medienmogul wie Silvio Berlusconi in dieser Umgebung nicht leicht hat, seine Vorstellungen durchzusetzen. Darstellungen, die seine mediale und politische Allmacht herausstellen, sind daher deutlich zu relativieren. Was die Struktur des Werkes, die Komposition der Kapitel und die sprachliche Gestaltung betrifft, ist Stefan Köppl ganz sicher eine in jeder Hinsicht überzeugende Einführung gelungen.

Henrik Gast

*Harald BERGSDORF: Die neue Linke. Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel, Bonn 2008, Bouvier Verlag, 239 Seiten, 19,90 EUR.*

Spektakuläre Wahlerfolge, glänzende Umfrageergebnisse, ein populäres Spitzenpersonal – es ist die Macht des Faktischen, die aus der Partei »Die Linke« beides macht: Gespenst und Objekt der Bewunderung. Man erinnere sich an den Einzug der Linken in den hessischen Landtag Ende Januar 2008. Wer hätte nach der Fusion der SED-Nachfolgerin PDS, Linkspartei und der westdeutschen Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) schon mit einem solchen Höhenflug gerechnet? Die neue »Linke« ist inzwischen fast überall in Deutschland präsent. Dennoch bleibt sie für viele ein Buch mit sieben Siegeln.

Das gilt besonders in den alten Bundesländern. Für welches Politik- und Gesellschaftsmodell steht dieses, aus ganz unterschiedlichen linken Gruppen zusammengesetzte Gebilde? Was steckt hinter dem von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi in Talkshows vielfach dargebotenen Populismus? Es ist das Verdienst des Bonner Politikwissenschaftlers Harald Bergsdorf, dass nun eine kompakte, gut lesbare Analyse der neuen Partei vorliegt – leserwert für den Wissenschaftler ebenso wie für den politikinteressierten Laien. Wie agiert und agitiert die Linke? Wovon profitiert sie? Welche parteiinternen Umstände fördern oder hemmen sie? Wie kampagnefähig ist

sie? Kurz: Inwieweit zählt sie zu den extremistischen Kräften?

In *Die neue Linke. Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel* gelingt es Bergsdorf auf knappen 239 Seiten, die Partei mit dem distanzierten Blick des Wissenschaftlers gründlich zu entzaubern. Er, der zuletzt bereits eine vielbeachtete Analyse zum Phänomen der neuen Rechten in der NPD vorlegte, folgt bei seinem Blick in das Innenleben der Partei stets dem Gebot der Neutralität. Allein dies verdient Respekt, denn es ist nicht immer leicht, einen kühlen Kopf zu bewahren angesichts der bisweilen haarräubenden Sozialstaatsromantik und der niedlichen Verklärung, mit der große Teile der Linken auf die zweite deutsche Diktatur im 20. Jahrhundert zurückblicken.

Aber der Reihe nach. Nach kenntnisreichen und gut recherchierten Kapiteln über die Organisation der Partei, ihre Geschichte und die Protagonisten Gysi, Bisky und Lafontaine gelangt man schnell zum Herzstück des in einen knallroten Umschlag gehüllten Bandes: eine in klarer Sprache formulierte Auseinandersetzung mit den ideologischen Wurzeln der Linken und deren Bedeutung für die politische Arbeit der Partei.

Eine Arbeit, in der der Euphemismus groß geschrieben wird. Um nur ein Beispiel zu nennen: Zwar betont der frühere SPD-Chef und jetzige Vorsitzende der Linken, Oskar Lafontaine, »die DDR war keine Demokratie«. Und seine Partei, die vorgibt, sich »offensiv« mit der eignen Geschichte befasst zu haben, nennt die Berliner Mauer »ein Symbol von Totalitarismus und Menschenverachtung« (sie tat dies kurz bevor sie in Berlin eine Koalition mit der SPD einging). Doch bis heute weigert sich die Linke, den Kommunismus, dessen Opfer vor allem Arbeiter und Bauern waren, klar und eindeutig zu verurteilen. Sie nennt ihn noch immer »Sozialismus«. Kritisiert wird lediglich der Stalinismus. Aber auch ihm wirft sie bezeichnenderweise nur »verbrecherischen Missbrauch« des Sozialismus vor.

All das erinnert an die alte DDR. Dort waren es Stalins Nachfolger, die den Diktator kritisierten, um sich selbst als Reformer zu präsentieren – und die eigene Diktatur besser dastehen zu lassen. Die Fakten je-

doch offenbaren: In der DDR wuchs die Zahl der hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiter nach Stalins Tod rasant. Die Linke indes bezeichnet die poststalinistische Zeit samt Verbrechen der späten SED-Diktatur lediglich als »Stagnationstendenzen im realen Sozialismus«. So steht es im programmatischen Eckpunktepapier der Partei. Lothar Bisky nennt das SED-Regime gar einen legitimen »Sozialismusversuch«. Von der SED verübtes Unrecht bezeichnet er als »Entstellungen der sozialistischen Idee«.

Wer die Vergangenheit so verharmlost, verhöhnt nicht nur die Opfer der Diktatur, sondern stellt sich außerhalb des Kreises aller Demokraten. Wer so spricht, betont Bergsdorf, betreibt keine Opposition im System, sondern gegen das System.

Kann man mit einer solchen Partei regieren, einer Partei, die in ihrer nach außen gerichteten Propaganda Diktatur verurteilt, zugleich jedoch nach innen ein zweifelhaftes Verhältnis zur Demokratie pflegt? Die Frage treibt derzeit vor allem die Sozialdemokraten um. Aber auch die Christdemokraten sind betroffen. Im Osten ist die CDU laut Umfragen vielerorts nur noch drittstärkste Kraft hinter den Linken und der SPD. Fest steht: Wer die Partei, deren Mitglieder sich als demokratische Sozialisten zu bezeichnen pflegen, politisch bekämpfen will, sollte den Finger in die offenen Wunden legen, also vor allem das ungeklärte Verhältnis der Linken zur Demokratie. Der Extremismusforscher Bergsdorf tut dies, indem er eine Vielzahl an O-Tönen und anderen Quellen als Belegmaterial anführt.

Doch die klaffende Lücke zwischen Schein und Sein ist es nicht allein, die den linken Flügel des neuen Fünfparteiensystems in Deutschland zu einem problematischen Bündnispartner machen. Hinzukommt die fehlende Verankerung der Partei in der westdeutschen Bevölkerung, ihre populistische Kapitalismuskritik (die in ähnlicher Weise auch von den rechtsextremen Parteien zu hören ist), die Hilflosigkeit, mit der die politische Konkurrenz auf die Agitation der Linken reagiert, ebenso wie ihre Extrempositionen in der Außenpolitik. Dazu gehört etwa die Unterstützung für Kubas kommunistischen Diktator Fidel Castro.

Dies mag dazu führen, dass die Linke besonders im Lager der Konfessionslosen die meisten Anhänger findet. Gemessen an ihren Wählern ist sie die säkularisierte Partei in einer weitgehend säkularisierten Gesellschaft. Vor allem sie ist es, die vom Schwund der christlichen Kirchen im Osten, aber auch im Westen profitiert. Umso wichtiger sei es, alle gemäßigten Kräfte wie die Kirchen zu stärken, fordert Bergsdorf in einem »Zwölf-Punkte-Programm zur Auseinandersetzung mit der Linken« am Ende des Buches.

Gleichermaßen gilt, so möchte man hinzufügen, für den Geschichts- und Politikunterricht an deutschen Schulen. Nicht wenige Lehrer beklagen, dass die Erinnerung an die DDR-Diktatur ins Hintertreffen geraten ist und nicht alle Kolleginnen und Kollegen die Gefahr erkennen, die von dem Spiel mit den Halbwahrheiten, das die Linke aus dem Effeff beherrscht, für die Jugend ausgehe.

Das Buch von Harald Bergsdorf hilft, dieses Informationsdefizit zu beheben und einer verzerrten öffentlichen Wahrnehmung gezielt entgegenzusteuern.

Johannes Mehlitz

*Christoph BÖHR, / Stefan RAABE: Eine neue Ordnung der Freiheit. Die Sozialetik Johannes Pauls II. – eine Vision für das vereinte Europa, hg. von Christoph Böhr u. Stephan Raabe, Osnabrück 2007, fibre Verlag, 291 S. (Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. 13), 24 EUR.*

Im Lebensmittelpunkt Johannes Pauls II. stand die Frage nach dem Menschen. In der Art und Weise, wie Karol Wojtyła über diese Frage nachgedacht hat, zeigen sich die Konturen einer Philosophie, deren Entdeckung und Aneignung gerade erst begonnen hat. Seine Neigung, als Wissenschaftler wie als Seelsorger Neuland zu betreten, zeigen die schöpferische Kraft, die ihn auszeichnete, auch wenn er sich mit dem Thema seines Lebens beschäftigte, der Anthropologie.

Schon vor vielen Jahren hat Józef Tischner, ein bekannter polnischer Philosoph und ein enger Freund Wojtyłyas, in seinem Buch *Die unselige Gabe der Freiheit* eine nicht

nur den Äußerlichkeiten verhaftete, sondern das Werk Wojtyłas in seiner Tiefe erfassende Aufnahme angemahnt. Jetzt ist es an der Zeit, diese Mahnung ernst zu nehmen, um zu einer nüchternen Beurteilung zu finden – ohne allen emotional-sentimentalen Ballast, der den Weg zu einer Begegnung mit den vielfältigen Facetten der umfangreichen schriftstellerischen Arbeiten dieses Papstes und Philosophen nur verbaut. Es geht also nicht um eine Huldigung. Vielmehr besteht die Herausforderung darin, die Originalität und Universalität eines Denkens zu erfassen, das seine Bedeutung nicht verloren hat – im Gegenteil: Diese Bedeutung entfaltet sich offenbar erst allmählich und verlangt danach, von allen Seiten beleuchtet und gedeutet zu werden.

Vor diesem Hintergrund ist der Anstoß der Konrad-Adenauer-Stiftung Warschau sehr zu begrüßen, gemeinsam mit der Kardinal Stefan Wyszyński Universität in Warschau den sozialetischen Impulsen des polnischen Papstes nachzuspüren. Eine Konferenz mit dieser Thematik fand 2007 statt. Das Ergebnis liegt jetzt in Buchform vor und verdient eine besondere Würdigung. Nicht nur, dass dieser Band gleichzeitig in deutscher und in polnischer Sprache (*Nowy porządek wolności. Etyka społeczna Jana Pawła II - wizja zjednoczonej Europy*, Krakau u. Warschau 2007, Verlag Societas Vistulana) erschienen ist. Wichtiger ist, dass diese schon durch die Veröffentlichung in beiden Sprachen sichtbar gemachte deutsch-polnische Doppelperspektive auch in den Beiträgen, die mit einer Ausnahme aus der Feder deutscher und polnischer Autoren stammen, eindrucksvoll zum Ausdruck kommt. Dabei werden durchaus unterschiedliche Perspektiven deutlich, aus denen man das Denken und Wirken Wojtyłas von der deutschen und polnischen Seite her in den Blick nimmt.

Das Buch ist in fünf Teile gegliedert: »Mensch und Gesellschaft« – hier kommen anthropologische und ethische Grundfragen zur Sprache –, »Ökonomie und Politik im vereinten Europa« – einschließlich der Kernfragen der Katholischen Soziallehre wie der Rolle der Kirchen im demokratischen Gemeinwesen –, »Friedliche Revolution und gesellschaftliche Transformation,

Globale Perspektiven« – für die Weltwirtschaft wie für die Weltanschauungen –, sowie »Christliche Sozialetik und politische Praxis«. Gerade dieser letzte Teil des Buches beschäftigt sich mit einer Prüfung des praxeologischen (also auf das Handeln ziellenden) Wertes ethischer Aussagen im sozialen und politischen Leben.

Den Herausgebern ist es gelungen, führende Wissenschaftler beider Länder, Politiker und Persönlichkeiten der Zeitgeschichte zusammenzuführen und in der gemeinsamen Betrachtung des Wirkens von Johannes Paul II. Gesichtspunkte herauszuarbeiten, die nicht nur etwas von der anregenden Vielgestaltung dieses Mannes sichtbar machen, sondern auch manche – gerade in Deutschland – wenig bekannte Facetten Wojtyłas zu beleuchten. Die Aufmerksamkeit gilt dabei gleichermaßen dem Philosophen und dem Sozialetiker, dem Politiker, dem Priester und Papst – und nicht zuletzt dem Anthropologen, dessen große pastorale und ethische Leidenschaft der (Mit)Mensch war.

Die Verfasser des Buches beschreiben, wie Mitherausgeber Christoph Böhr erläutert, Wojtyłas Bedeutung als Denker und als Staatsmann in der Zeit vor, während und nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums, eine aus ganz verschiedenen philosophischen und politischen Blickwinkeln gesehene »zweifache Rolle: Sie würdigen den Mann, der Geschichte geschrieben hat, wie den Menschen, der ein Denker von hohem Rang war – und der beides, seine Philosophie und seine Politik, zu einer nahtlosen Übereinstimmung brachte« (S. 277).

Der Fall der Berliner Mauer war nicht nur der Schlusspunkt einer angemachten Welt herrschaft, sondern ist ebenso der Beginn einer neuen Herausforderung. Für die Völker in Ost- und Mitteleuropa ist die Freiheit zurückgekehrt. Das aber heißt nicht mehr und nicht weniger, als dass sich jetzt alle gemeinsam der Aufgabe stellen müssen, eine neue Ordnung der Freiheit für den ganzen Kontinent zu entwerfen – eines neuen europäischen Selbstverständnisses, das sein Maß und sein Ziel in den gemeinsamen anthropologisch-ethischen Grundüberzeugungen finden muss. In diesem Zusammenhang und im Blick auf diese große Aufgabe – das zeigt der

Band in der Gesamtschau sehr überzeugend – bietet das philosophische und ethische Werk Wojtyła eine Grundlage von geradezu universaler Geltung; als zeitgemäße – keinesfalls aber zeitgebundene – Antwort auf die ebenso uralte wie spannende Frage nach dem Menschen.

*Jarosław Babiński*

*Jörg BOGUMIL, Werner JANN, Frank NÜLLMEIER (Hrsg.): Politik und Verwaltung. PVS-Sonderheft 37. Wiesbaden 2006. VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 586 Seiten, 44,90 EUR.*

Nach über zwanzig Jahren widmet sich wieder ein Sonderheft der Politischen Vierteljahrsschrift dem Verhältnis von Politik und Verwaltung. Während der Blickwinkel des letzten 1982 erschienenen Bandes noch stark von der Planbarkeit gesellschaftlicher Entwicklungen und der Steuerung politischer Prozesse inspiriert war, steht das vorliegende Sonderheft im Zeichen des »inzwischen ubiquitären Modebegriffs Governance« (S. 9).

Der Beginn der neunziger Jahre verzeichnete den einsetzenden Siegeszug des New Public Management (NPM) als normatives Leitbild für eine moderne Verwaltung in der Bundesrepublik. Entsprechend dieses Leitbildes stand die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung anhand betriebswirtschaftlicher Rationalität sowie unter Effizienzaspekten im Mittelpunkt. Mit der Einführung von Managementstrategien in die öffentliche Verwaltung wurde die durchaus problematische Vereinbarkeit zweier unterschiedlicher Logiken sichtbar: Politische Prozesse, die durch demokratische Verfahren ihre Legitimation erhalten, wurden mit Wirtschaftlichkeitserwartungen der Verwaltung konfrontiert.

Ohne Zweifel haben sich das Erscheinungsbild und die Funktionsweise der Verwaltung in Deutschland in den vergangenen Jahren erheblich verändert. Zum einen sieht sie sich einem Bündel von Einflussfaktoren ausgesetzt, die dem politisch-administrativen System immer wieder Anpassungsleistungen abringen. Zum anderen haben die

unter dem Etikett des begonnenen Reformbestrebungen die Verwaltung tatsächlich reformiert, Innovationen angeregt sowie Funktionsmechanismen verändert. All das hat zu einer »Vielzahl von Hybridisierungen« (S. 13) geführt, also zu einem Konglomerat aus Relikten des klassischen weberianischen Verwaltungstyps, Desideraten ambitionierter NPM-Reformer und neuen, noch ungefestigten Verwaltungsformen. Die Folge dieser Entwicklung besteht in der Dominanz begrifflicher Unschärfen. Man sieht wohl, dass sich die öffentliche Verwaltung in tiefgreifenden Wandlungsprozessen befindet, allerdings stehen noch keine adäquaten Begrifflichkeiten zur Verfügung: »Der Muff der alten weberianischen Verwaltung hat sich weitgehend verzogen, doch ein wirklicher Wohlgeruch breitet sich auch in den neuen Synthesen aus Weberianismus und Managerialismus nicht aus.« (S. 13)

Dabei vollzieht sich der Struktur- und Funktionswandel der öffentlichen Verwaltung nicht durch abrupte Brüche vorhandener Strukturen, sondern lautlos, schleichend und oftmals nur schwer zu erkennen. Werden dann emergente Veränderungen beschrieben und gar als absichtsvoll herbeigeführte Reformen gefeiert, handelt es sich tatsächlich um nicht-intendierte Nebenfolgen neuer Verwaltungspraktiken, die in institutioneller Abgeschiedenheit gereift sind. Das vorliegende Sonderheft greift all diese Veränderungstendenzen auf und beleuchtet auf diese Weise facettenreich den Zustand des politisch-administrativen Systems der Bundesrepublik sowie administrative Transformationsprozesse in vergleichender Perspektive. Zugleich liest sich der Band als Zustandsbeschreibung einer politikwissenschaftlichen Verwaltungsforschung, die sich mittlerweile als eigenständige Unterdisziplin der Politikwissenschaft etabliert hat und als nachgeordnete Bindestrich-Politologie kaum noch angemessen zu beschreiben ist. Die theoretisch fundierte und empirisch angelegte Verwaltungsforschung ist heute – wie es in der Einleitung heißt – »eine anerkannte politikwissenschaftliche Subdisziplin« (S. 25) und nutzt dabei die »Pluralität der angebotenen Konzepte« (S. 19).

Das Buch gliedert sich übersichtlich in vier große Abschnitte. Während der erste

Abschnitt theoretische Zugänge zur Verwaltungsforschung vorstellt, konzentriert sich der zweite auf nationale Analysen. Der dritte Teil erweitert den Blickwinkel, indem er – besonders unter Berücksichtigung der europäischen Dimension – internationale Perspektiven eröffnet. Ein kurzer, abschließender Teil diskutiert am Ende Ausbildungsgänge der Verwaltungswissenschaft.

Im ersten Teil, der sich dem Gegenstand der öffentlichen Verwaltung aus theoretischer Perspektive nähert, beleuchtet Frank Janning die Wechselwirkungen zwischen Politikfeldanalyse und Verwaltungswissenschaft. Ausgehend von der Frage, inwieweit die Verwaltungswissenschaft auf Methoden und Konzepte der klassischen Policy-Forschung zurückgreifen kann, wird analysiert, ob ein derartig methodischer Rekurs zu verwaltungswissenschaftlichem Erkenntnisgewinn und neuen Perspektiven führt. Bereits in den frühen siebziger Jahren hat Fritz W. Scharpf die Policy-Analyse als Teil der Verwaltungswissenschaft aufgefasst und nachgewiesen, dass die öffentliche Verwaltung kein politisch konditionierter Bereich der bloßen Politikumsetzung ist, sondern ganz erheblich in Prozesse der Entscheidungsfindung involviert ist. Der Policy-Forschung kommt das Verdienst zu, dem Konzept der »aktiven Politik« mit der Einführung einer »realistischen Perspektive« (S. 80) analytisches Rückgrat eingezogen zu haben. Während zuvor Planungseuphorie und planerische Machbarkeitsvorstellungen den politischen Prozess bestimmten, gerieten nun die adressatenspezifischen Interessen, Blockadepotentiale sowie Implementationshindernisse in den Blick. Mit der Vorstellung von vier zentralen theoretischen Ansätzen (akteurzentrierter Institutionalismus, Politiknetzwerkanalyse, Advocacy-Koalitionen sowie Diskurskoalitionen) zeigt Janning, wie sehr die vormals dominierenden Phasen- und Politikzyklusmodelle der Policy-Analyse in den Hintergrund getreten sind. Heute nimmt die aufgeklärte Verwaltungswissenschaft vielmehr die unterschiedlichen Verflechtungsbedingungen von Verwaltung und Adressaten in den Blick und thematisiert die daraus erwachsenden komplexen Steuerungs- und Interaktionszusammenhänge.

Im Unterkapitel der nationalen Analysen untersucht Marian Döhler am Beispiel neuer Regulierungsbehörden das Ausmaß und die Qualität administrativer Transformationsprozesse. Die Privatisierung und Liberalisierung ehemaliger staatlicher Strukturmonopole sind wesentliche Faktoren, die nicht nur dem Modus der regulativen Politik Vorschub leisten, sondern auch einen Gestalt- und Funktionswandel der öffentlichen Verwaltung im weiteren Sinne bewirken. Allerdings bringt der Begriff der regulativen Politik mitunter einen eher missverständlichen Beiklang in die Debatte, suggeriert er doch eine Ausweitung staatlicher Regulierungstätigkeit. Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik beabsichtigen jedoch genau das Gegenteil, so dass es sich bei regulativer Politik im Grunde um das Management von Deregulierung handelt. Döhlers empirische Befunde basieren auf einer »institutionellen Trägheitsvermutung« (S. 209), die die schleichen den Veränderungen im Bereich der Strukturen, Handlungsmuster und Verfahren der Verwaltung in das Zentrum der Aufmerksamkeit rückt. Ein Bündel unterschiedlicher Triebkräfte führt zu einem sukzessiven Gestaltwandel der Verwaltung, wobei die traditionellen Erscheinungsformen der Verwaltung – idealtypisch als klassisch und modern beschrieben – nach wie vor Geltung besitzen. Die »Herausbildung einer regulativen Verwaltung« führt dann zu »Merkmalsverschiebungen« (S. 211), die durch den Einsatz neuer Instrumente, neue Regulierungsbehörden sowie durch prozedurale Veränderungen in der Interaktion zwischen regulativen Akteuren und Adressaten sichtbar werden. Während die neuen regulativen Verwaltungseinheiten im Schatten der traditionellen bürokratischen Ordnung stehen, zeichnet sich dennoch eine »fachlich bedingte Autonomisierung der Verwaltung« (S. 223) ab, die, begleitet von konsultativen Adressatenkontakten, den Behörden zu einer »Eigenlegitimität jenseits des von Ministerverantwortlichkeit beherrschten, geschlossenen Legitimationskreislaufs verhelfen« (S. 223/224).

Im dritten Abschnitt, der den Band um internationale Perspektiven erweitert, untersucht Klaus H. Goetz den Einfluss fortschreitender EU-Integration auf nationalstaatliche Verwaltungssysteme. Dabei

konzidiert Goetz eingangs, dass das Konzept der Europäisierung trotz seiner weiten Verbreitung »nicht unumstritten« (S. 472) ist. Im darauf folgenden Teil werden einige Annahmen über Europäisierungseffekte (u. a. Entparlamentarisierung nationaler Politik, Herausbildung einer privilegierten EU-Kernexekutive, Zentralisierung in den intergouvernementalen Beziehungen) thesenartig zusammengefasst. Dabei resümiert Goetz, dass die Konvergenzthese, wonach es zu einer vereinheitlichten »europäisierten« Verwaltung kommt, empirisch kaum nachzuweisen ist. Vielmehr lassen sich neben der anhaltenden »Persistenz nationaler Verwaltungstraditionen« (S. 479) unterschiedliche Mechanismen und Logiken der Europäisierung identifizieren. So kann die wachsende Unvereinbarkeit zwischen EU-Normen und nationalen institutionellen Arrangements zu Anpassungsdruck auf der Ebene der Mitgliedstaaten führen. Gleichermassen können politische Akteure »Gebrauch von Europa machen« (S. 479), um nationalen Politiken über den Umweg von Brüssel zum Durchbruch zu verhelfen, die im eigenen nationalstaatlichen Kontext kaum durchsetzbar wären. Schließlich wirft Goetz die Frage auf, inwieweit es gerechtfertigt erscheint, bereits von einem »europäischen Verwaltungsraum« (S. 484) zu sprechen. Während normative Argumentationsmuster eine administrative Konvergenz in der EU postulieren, bleibt dennoch die Frage mitzudenken, unter welchen Bedingungen nationale Verwaltungssysteme sich einer Vereinheitlichung entziehen.

Insgesamt zeichnet sich das vorliegende PVS-Sonderheft durch einen Reichtum an Fragestellungen, Themen und Analysen aus, die eine Bilanz der kommunalen Verwaltungsreform in Deutschland ebenso einschließen, wie einen genaueren Blick auf die deutsche Verwaltungselite oder die Diskussion des New Public Management im internationalen Vergleich. Doch während das Einleitungskapitel den Untersuchungsgegenstand der öffentlichen Verwaltung einschließlich ihrer komplexen Veränderungsprozesse vorstellt, vermisst man ein abschließendes Resümee. Es wäre sinnvoll, einige der aufgeworfenen Fragen sowie die Vielzahl hochspezialisierter Einzelfragen

der aktuellen verwaltungswissenschaftlichen Debatte noch einmal zu bündeln und begrifflich zu verdichten. Vor allem im Hinblick auf die seit einiger Zeit geführte Diskussion um den Governance-Begriff hätte es sich angeboten, seine Relevanz für die politikwissenschaftliche Verwaltungsforschung stärker in den Vordergrund zu stellen.

Durch die komplexere Verbindung unterschiedlicher Steuerungs- und Koordinationsmechanismen sowie durch verflochtene Arrangements zwischen öffentlicher Verwaltung und ihrer Umwelt bleibt die Frage, ob Governance das Potential eines neuen gesamtintegrierenden Paradigmas einer politischen Steuerungswissenschaft besitzt. Mit ihren Arbeiten zur Steuerungsfähigkeit des politisch-administrativen Systems haben Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf wegweisende Erkenntnisse über die Handlungskapazitäten der Verwaltung und die Chancen gesellschaftlicher Selbstregelung gewonnen. Gemessen an der Wirkmächtigkeit dieser Arbeiten, werden Governance-orientierte Konzepte allerdings immer auf ihren steuerungstheoretischen Mehrwert befragt werden. Es liegt daher die Frage nahe, welche innovativen Aussagen der Governance-Begriff über administratives Steuerungsvermögen treffen kann oder ob er lediglich einer terminologischen Mode. Trotz dieser Einschränkung ist das vorliegende Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift eine wertvolle Fundgrube, um einen umfassenden Überblick über den derzeitigen Stand der Verwaltungswissenschaft in Deutschland zu bekommen. Insgesamt haben die drei Herausgeber ein unverzichtbares Standardwerk vorgelegt, das auf absehbare Zeit eine wichtige Landmarke in einem rasant anwachsenden Literaturkanon zur Verwaltungsforschung und -modernisierung darstellen wird.

Helge F. Jani

*Raimond REITER: Hitlers Geheimpolitik. Raimond Reiter. Frankfurt a. M. u. a. 2008, Verlag Peter Lang, 221 Seiten. 15 Abbildungen, br. 24.80 EUR.*

Die neue Arbeit von Raimond Reiter will das Thema Geheimpolitik im »Dritten

Reich« erschließen. Eine umfangreiche Fragestellung, die allerdings nur schwer auf 220 Seiten zu erledigen ist. Ganz richtig wird deshalb von Reiter mehrfach darauf hingewiesen, dass das Thema eigentlich eine umfangreichere Erforschung erfordert. In diesem Sinne kann man das Buch als Aufriss für ein noch durchzuführendes Forschungsprojekt lesen.

Reiter gibt einen Überblick über die nationalsozialistischen Geheimpolitiken, wobei ein Schwerpunkt auf den »Geheimen Reichssachen« liegt. Zu beachten ist, dass es – wie auch bei anderen kriegsführenden Nationen – eine beachtliche Zahl von Geheimpolitiken gab. Das Hauptgewicht liegt aber bei Reiter in den Bereichen des »Geheimen«, das direkt auf die nationalsozialistische Beherrschungs- und Rassenpolitik zurück zu führen ist. Das geschieht vor allem empirisch anhand von Archivakten und der einschlägigen Literatur. Der informierte Leser erkennt leicht, dass sich darunter Materialdarstellungen befinden, die bereits oft und wiederholt in der Literatur verarbeitet worden sind, wie insbesondere die »Geheimen Reichssachen« zur »Endlösung der Judenfrage« und zu den Patiententötungen in der Psychiatrie im Zweiten Weltkrieg. Allerdings verdichtet Reiter diese Themen unter dem Blickwinkel seiner Fragestellung.

Hinzu kommen umfangreiche Materialdarstellungen, die als neuartig eingestuft werden können. Man kann hierin die eigentliche Stärke des Buches sehen. Dies ist der Bereich der Geheimsachen in der Justiz im Kontext der »T4-Aktion« 1940/1941 und der »Geheimen Reichssachen« im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes. Hier gibt es tatsächlich Neues, auch wenn eine systematische Analyse wohl erst noch zu leisten sein wird. Man kann an Reiters Vorgehensweise aber immerhin bereits erkennen, wie dies möglich ist und welche Ergebnisse sich dabei abzeichnen.

Verdienstvoll oder zumindest hilfreich ist insbesondere Anhang des Bandes. Er umfasst dreizehn besonders relevante Dokumente zum Thema Geheimpolitik des Nationalsozialismus sowie eine Übersicht über etwa 70 »Geheime Reichssachen« aus den Jahren 1936 bis Anfang 1945. Die meisten sind in der Literatur nachlesbar und man be-

kommt einen Eindruck, was im »Dritten Reich« als Geheimsache eingestuft wurde. Es handelt sich aber nur um einen geringen Teil, denn Reiter geht von mindestens 500 »Geheimen Reichssachen« aus, die zumindest dem Titel nach belegbar sind. Darunter sind allerdings in großer Zahl auch solche, die wenig spektakulären Dingen galten, wie etwa dem Verkauf von erbeuteten Uniformen und dergleichen. Den Leser interessieren dann wohl eher solche »Geheimen Reichssachen«, wie etwa jene im Zusammenhang und in der Folge der »Wannseekonferenz« zur konkreten Einbeziehung des Staates in die Durchführung des Holocausts.

Das System der Geheimhaltung umfasste aber weit mehr. Dies wird von Reiter exemplarisch unter den Stichworten »Alltag«, »Opfer und Gegner« usw. dargestellt. Ein Kapitel beschäftigt sich direkt mit Hitler als Geheimpolitiker und den, wie er es nennt, »Geheimgesellschaften« Gestapo und SD. Auch die NSDAP wird besprochen und die Frage, wie das Thema Geheimpolitik des Nationalsozialismus bisher – nämlich ausgesprochen lückenhaft – in der Literatur bearbeitet wurde.

Thematisiert wird auch die Frage, ob es eine »Geheimsprache des Tötens« gegeben hat. Dargestellt wird der seinerzeit verbreitete Sprachgebrauch, der aber keine Geheimsprache im eigentlichen Sinne darstellt. Trotz des deutlich empirischen Ansatzes werden auch Aspekte der Einordnung der Untersuchungsergebnisse angesprochen. Dies fällt vergleichsweise kurz aus, was den mit der politischen Theoriebildung über die NS-Herrschaft vertrauten Leser nur wenig befriedigen kann. Reiter selber weist darauf hin, dass er hierzu nur Skizzenhaftes sagen will. Vertieft wird in einem Exkurs nach der Geschichte der politischen Geheimhaltung und der Geheimgesellschaften gefragt. Und man wird dem Autor nach der Lektüre folgen können, dass »Geheimpolitiken im Nationalsozialismus (...) kein Zufall (waren), keine Entgleisung oder eine Randerscheinung der NS-Herrschaft. Sie waren vielmehr ein wesentliches Element, sie waren, wie der umfassende Terror, sogar eines der konstitutiven Elemente dieser Herrschaft. Ohne Geheimhaltung wäre Hitlers Außen-

politik nicht erfolgreich gewesen, hätte das System des Terrors nicht aufgebaut werden können, und eben so wenig die Stufen der Vernichtungspolitiken gegen die eigene Bevölkerung, die mit der Anstiftung des Zweiten Weltkrieges entfaltet wurden.« (Seite 8)

Reiters Studie ist bei alldem, anders als der Titel vermuten lässt, kein Buch allein über die Geheimpolitik Hitlers. Es behandelt – zumindest am Rande – auch die Geheimpolitiken anderer NS-Führer, darunter Martin Bormann, Heinrich Himmler, Joseph Goebbels und andere. Insgesamt ein interessanter Beitrag zu einem bisher zu wenig beachteten Thema.

Rainer Miehe

*Ulrich von ALEMANN/Claudia MÜNCH (Hrsg.): Europafähigkeit der Kommunen: Die lokale Ebene in der Europäischen Union. Wiesbaden 2006. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 505 Seiten, brosch., 39,90 EUR.*

Die Kommunen und ihre Rolle im Mehrebenen-System der Europäischen Union erfahren seit einigen Jahren wachsendes Interesse in demokratie- und systemtheoretischen, verwaltungs- und europarechtlichen Untersuchungen. Als Ort der Bürgernähe und der lokal erfahrbaren Demokratie wird die Kommune im EU-politischen Kontext häufig als Korrektiv zum gemeinhin diagnostizierten »Demokratiedefizit« erkannt. Erstarktes kommunales Selbstbewusstsein kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Flut europäischer Rechtssetzung zahlreiche Politikbereiche der Gemeinden immer weiter einschränkt: Daseinsvorsorge, Wirtschaftsförderung, Umweltschutz, Planungshoheit und Sparkassenrecht sind nur die prominentesten.

Aus dem Umkreis der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität liegt nun ein Sammelband vor, dessen Herausgeber den Blick darauf lenken möchten, dass die zunehmende Europäisierung von Politikbereichen für die Kommunen keine reine Verlusterfahrung bedeuten muss, sondern Chancen und Handlungsräume eröffnet, die es auf lokaler Ebene zu erkennen, mitzuge-

stalten und zugunsten kommunaler Belange zu nutzen gilt. Die Herausgeber diagnostizieren gleich zu Anfang, dass die deutschen Gebietskörperschaften angesichts der Herausforderungen auf gutem Weg sind: Die Einrichtung von Wirtschaftsförderungsgesellschaften, die den lokalen Standort inmitten eines liberalisierten europäischen Binnenmarkts zu stärken suchen, und der Aufbau von EU-bezogenen Koordinierungsstellen in vielen Stadtverwaltungen verraten ein geschärftes Bewusstsein über die Notwendigkeit eigener kommunaler Europaaktivitäten. An die Adresse der Entscheidungsträger, Kommunalpolitiker und Verwaltungsfachleute, die ihr EU-politisches Engagement weiter ausbauen möchten, richtet sich der Sammelband mit Hintergrundwissen, Erfahrungsberichten und Anregungen zur Vertiefung und zur praktischen Hilfestellung. In der Konsequenz umfasst der Kreis der Autoren weniger Wissenschaftler als v. a. Angehörige jener breiten Berufsgruppe, die im konkreten Politikalltag zwischen den Polen Kommune und Europa vermitteln muss: Städtische Europaeufträge, Kommunalpolitiker, kommunale Interessenvertreter in Brüssel usw. Daher verwundert es wenig, dass die weit überwiegende Zahl der Autoren darum bemüht ist, die Beziehung zwischen lokaler und europäische Ebene als positive Herausforderung zu perspektivieren und den eigenen Berufsstand als tragfähiges und beispielhaftes Muster der Interdependenzbewältigung hervorzukehren. Aus wissenschaftlicher Sicht ist dies nicht immer überzeugend. Wenn mehrere Autoren etwa den Ausschuss der Regionen (AdR) ernsthaft als »Hüter des Subsidiaritätsprinzips« (S. 49) und als geeignetes institutionelles Mittel der kommunalen Interessenvertretung ausgeben – wobei sie offenbar weiterhin die Zielvorstellung einer »Dritten Kammer« im Hinterkopf behalten (S. 31) – so übergehen sie wohlwollend die altbekannte und in zahlreichen Forschungsbeiträgen mantraartig durchgekaute Großproblematik der strukturellen Schwächen, mangelhaften Einbindung und inneren Zerkliüftung des AdR. Dass die in Brüssel ansässigen kommunalen Verbände zunehmend auf informellem Weg denn über die (wenigen) kommunalen AdR-Mitglieder Einfluss

zu üben und Interessen zu schützen versuchen, ist jedenfalls ein augenfälliges Zeichen für mangelndes Vertrauen in formelle Strukturen. Ob eine stärkere Institutionalisierung kommunaler Interessen in Brüssel angesichts der starken Heterogenität europäischer Gemeinden überhaupt realisierbar ist, wagen die Autoren gar nicht erst zu fragen: Bekanntlich findet die starke Stellung deutscher Gemeinden im nationalstaatlichen Rahmen und ihre durch Art. 23 (1) GG verfassungsrechtlich garantie Selbstanwendung in den meisten EU-Mitgliedstaaten keine Entsprechung. Mehrere Beiträge des Sammelbandes befassen sich zwar mit den kommunalen Traditionen und Selbsterkennissen in den Nachbarländern Polen, Frankreich und Tschechien, doch auch hier wird weniger analysiert als vielmehr beschrieben.

Auch die demokratietheoretisch hochrelevante Frage der Legitimität informeller Beteiligung, die ja als Hauptform des kommunalen Interessenschutzes in Brüssel gelten muss, wird nicht differenziert. Zwar erscheint gerade aus Nützlichkeitssüberlegungen ein verstärktes Lobbying der Kommunen wünschenswert, um den politischen Output durch solches Expertenwissen zu erhöhen, das die Gemeinschaftsebene trotz ihrer gewaltigen bürokratischen Apparate von sich aus nicht bereitstellen kann. Kommunaler Einfluss ist dann »Herrschaft kraft Wissen«, und insoweit wäre »Expertenkommunikation« die vielleicht bedeutendste Zukunftschance kommunaler Einflussnahme auf EU-Ebene. Aber von der so praktizierten Einbindung lokaler Lebenswirklichkeit in die Europapolitik erfährt der Bürger nichts: Lobbying bleibt auch auf Europäischer Ebene ein intransparentes und manipulationsanfällig Element im politischen Prozess, auch wenn Claudia Münch in ihrem Beitrag hier keinen »negativen Beigeschmack« erkennen möchte (S. 359). Die vielfach beschworene »Bürgernähe« europäischer Politik – bislang bestenfalls eine Wunschvorstellung – wird auf diese Weise jedenfalls nicht realisiert. Von solchen Problematiken abstrahieren die meisten Beiträge großzügig und betonen nüchtern-realistisch, dass die Kommunen zwingend eine detaillierte Kenntnis über EU-politi-

sche Strukturen und Verfahren entwickeln müssen, soll das »Raumschiff Europa« nicht an ihnen vorbeigleiten. Immerhin, so ist Rolf Derenbach und Walter Leitermann zustimmen, kann die zunehmende Dialogbereitschaft der Europäischen Kommission und der verstärkte Prozess der Institutionalisierung von Dialog im Rahmen eines EU-spezifischen Governance-Konzeptes – wie es etwa im Weißbuch *Europäisches Regieren* 2000 angedacht wird – als Zeichen eines gewandelten Verständnis europäischen Regierens gewertet werden, innerhalb dessen die Kommunen an Gewicht gewinnen (S. 83, S. 334).

Sind die (deutschen) Kommunen also »europafähig«? Die Herausgeber betonen im Schlusskapitel noch einmal, dass der europäische Horizont lokaler Politik den Kommunen neuen Gestaltungsspielraum eröffnet und ihnen eine »neue europäische Kompetenz« (s. 495) zuspricht. Das wissenschaftliche Unbehagen angesichts des erkennbar gewollten optimistischen Grundtenors – bei Überbetonung von Chancen unter Zurückstellung virulenter Probleme – muss wohl schon deshalb in Kauf genommen werden, weil sich das Werk eben nicht primär an Wissenschaftler richtet, sondern eher versucht, die unterschiedlichen Formen und Dimensionen der Praxisbewältigung abzubilden, mit denen deutsche Kommunen auf die Verdichtung europäischer Regelungen und die Ingerenz des Gemeinschaftsrechts zu reagieren versuchen. Hier liefert der Sammelband tatsächlich ein hilfreiches und breites Praxiswissen zu so unterschiedlichen Bereichen wie Öffentlich-private Partnerschaften, Städtenetzwerke, Förderprogramme, Beihilferegime, Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, kommunale Interessenvertretung, Daseinsvorsorge, Umweltrecht u. a. m.

*Thorsten Philipp*